Antrag

der Abg. Birgit Kipfer u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Förderung von Stätten des Gedenkens an NS-Verbrechen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. mit welchen finanziellen Mitteln die Stätten des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren gefördert wurden und zwar
 - a) durch Haushaltsmittel des Landes
 - b) durch Gelder der Landesstiftung;
2. in welchen Fällen es sich dabei um reine Projektförderung handelte oder handelt bzw. welche Gedenkstätten institutionelle Förderung und in welcher Höhe erhalten haben bzw. gegenwärtig noch erhalten;
3. welche Gedenkstätten in den vergangenen fünf Jahren aufgrund welcher Rechtslage und nach welchen Kriterien Finanzmittel des Bundes erhalten haben bzw. noch erhalten;
4. auf welche Weise und für welchen Zeitraum die Landesstiftung Baden-Württemberg die Förderung von Gedenkstätten übernommen hat und nach welchen Kriterien dort Fördermittel bereitgestellt werden;
5. in welchem zeitlichen, sachlichen und finanziellen Umfang Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihres bürgerschaftlichen Engagements zur Errichtung, zur Pflege und zur Zugänglichkeit der Gedenkstätten für die Allgemeinheit beitragen;

6. ob sie künftig bereit ist, Gemeinden oder gemeinnützige Träger bei der Errichtung einer Gedenkstätte finanziell zu unterstützen und nach welchen Kriterien sie dies ggf. tun wird;
7. ob sie bereit ist, künftig den Betrieb und Unterhalt von Gedenkstätten auf Dauer finanziell zu unterstützen.

07.07.2009

Kipfer, Stickelberger, Braun, Sakellariou, Stoch SPD

Begründung

Je weiter sich unsere Zeit von den Gräueltaten der NS-Diktatur entfernt, desto wichtiger wird die Aufgabe der Erinnerung an sie. Dabei haben die Gedenkstätten in unserem Land eine zentrale Bedeutung, weil sie den nachfolgenden Generationen verdeutlichen, zu welchen Handlungen Menschen unter totalitärem Einfluss fähig sind und zwar im unmittelbaren Lebensumfeld, weitgehend unbeachtet, oft stillschweigend unterstützt und nur selten auf Widerstand stoßend.

Während die großen Gedenkstätten im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung stehen, erfahren die kleinen Gedenkstätten selten öffentliche Aufmerksamkeit. Diese sind es jedoch, die – gerade in Baden-Württemberg – das Gedenken an die Gräueltaten der Nationalsozialisten „vor der Haustür“ wach halten. Das von Nazi-Deutschland errichtete Netz von Ghettos und Außenkommandos war nach jüngsten Studien weit umfangreicher, als bisher angenommen. Es ist das Verdienst hauptsächlich von ehrenamtlichen Kräften, dass es inzwischen auch in unserem Land eine Vielzahl von kleineren Gedenkstätten gibt. Diese wurden meist ehrenamtlich mit viel Ausdauer und zuweilen gegen den örtlichen Widerstand aufgebaut und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die ehrenamtliche Bereitschaft, diese Gedenkstätten zu pflegen und offenzuhalten, bedarf der kontinuierlichen finanziellen Unterstützung der öffentlichen Hand.

Insofern hat das Land eine besondere Verpflichtung gegenüber diesen Gedenkstätten, denen aus den Knappheiten und Zufälligkeiten rein kommunaler und Stiftungs-Finanzierung herausgeholfen werden muss.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 18. August 2009 Nr. I nimmt das Staatsministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft Forschung und Kunst, dem Sozialministerium, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und der Landesstiftung Baden-Württemberg zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. mit welchen finanziellen Mitteln die Stätten des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren gefördert wurden und zwar

- a) durch Haushaltsmittel des Landes
b) durch Gelder der Landesstiftung*

2. in welchen Fällen es sich dabei um reine Projektförderung handelte oder handelt bzw. welche Gedenkstätten institutionelle Förderung und in welcher Höhe erhalten haben bzw. gegenwärtig noch erhalten;

- a) durch Haushaltsmittel des Landes*

1. Gedenkstättenförderung durch den Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung

Insgesamt förderte die Landeszentrale für politische Bildung die Gedenkstättenarbeit in folgendem Umfang:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbetrag	121.000 €	136.000 €	136.000 €	166.000 €	136.000 €	200.200 €

Die Förderung lässt sich wie folgt in Projektförderung (direkt und indirekt) und institutionelle Förderung untergliedern:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Projektförderung						
Indirekte Förderung	16.000 €	26.000 €	26.000 €	26.000 €	26.000 €	26.000 €
Direkte Förderung an die Gedenkstätten	69.200 €	74.200 €	74.200 €	74.200 €	74.200 €	74.200 €
Fördersumme	85.200 €	100.200 €				

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Institutionelle Förderung						
„Euthanasie“ Gedenkstätte Grafeneck	35.800 €	35.800 €	35.800 €	35.800 €	35.800 €	50.000 €
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm, KZ-Gedenkstätte						50.000 €
Stauffenberg-Gedenkstätte				30.000 €		
Fördersumme	35.800 €	35.800 €	35.800 €	65.800 €	35.800 €	100.000 €

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Die indirekte Projektförderung umfasst übergreifende Maßnahmen, die allen Gedenkstätten zu Gute kommen, wie z. B. ein landesweiter Gedenkstätten-Guide, die Vernetzung der Gedenkstätten untereinander sowie Kontakte und Projekte mit den besonders mit Baden-Württemberg verbundenen Gedenkstätten im Ausland. Darüber hinaus werden gefördert: Fachtagungen und Fortbildungen für Ehrenamtliche und Lehrkräfte, sowie alljährlich der „Europäische Tag der Jüdischen Kultur“, der gemeinsam mit Partnern im Elsass und in weiteren 30 europäischen Ländern durchgeführt wird.

Die direkte Projektförderung erfolgt für definierte, zeitlich begrenzte Projekte über ein jährliches Antragsverfahren unmittelbar an einzelne Gedenkstätten. Sie dient vornehmlich der Sicherung der wissenschaftlichen Grundlagen und der Schaffung zeitgemäßer Voraussetzungen für die Bildungsarbeit. Dazu gehören die Erarbeitung didaktischer Hilfsmittel und Ausstellungen, Lehrerfortbildungen vor Ort sowie die Förderung von bedeutenden Einzel- und Gemeinschaftsprojekten (S. dazu auch Ziff. 5).

Die institutionelle Förderung dient der Sicherung der ständigen Arbeit der genannten Einrichtungen und umfasst neben den bereits o. g. Sachaufgaben auch Personalkosten für hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter.

2. Förderung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt-betrag					30.000 €	30.000 €

Ab dem Haushalt 2008 wurde zur Finanzierung des laufenden Betriebs der Stauffenberg-Gedenkstätte der Zuschusstitel für das Haus der Geschichte um 30.000 € aufgestockt.

3. Förderungen durch das Sozialministerium

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt-betrag	128.000 €	127.800 €	127.900 €	127.900 €	131.000 €	140.000 €

Bei den Fördermitteln des Sozialministeriums handelt es sich um eine institutionelle Förderung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma.

4. Förderungen durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt-betrag	76.900 €	76.900 €	76.900 €	76.900 €	76.900 €	76.900 €

Hierbei handelt es sich um Projektfördermittel für Fahrten von Schülern und Jugendlichen zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts. Durch die Förderung der Gedenkstättenfahrten erhalten junge Menschen die Möglichkeit, sich mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus und der totalitären Herrschaft und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Die Fahrten sollen mit einem engen schulischen Bezug, d. h. der Einbeziehung der Thematik „NS-Unrecht“ in den Unterricht, erfolgen. 2008 wurden 340 Projekte mit rund 21.000 Teilnehmern gefördert. Die überwiegende Mehrzahl der Projekte wurde von schulischen Gruppen durchgeführt.

Darüber hinaus fördert das Kultusministerium das Dokumentationszentrum/KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg mit insgesamt 6 Anrechnungstunden/Woche, die sich auf drei Lehrkräfte mit jeweils 2 Anrechnungstunden verteilen.

b) durch Gelder der Landesstiftung;

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt- betrag	357.000 €	210.000 €	98.000 €	172.000 €	20.000 €	8.000 €

In dieser Aufstellung ist auch das eigene Projekt der Landesstiftung zur Errichtung der Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Alten Schloss in Stuttgart mit einem Volumen von 305.000 € (2004: 250.000 €, 2006: 55.000 €) enthalten.

Fördermittel im Einzelnen:

Projekträger	Projekt	Förder- summe
2009		
Stadt Albstadt	Stauffenberg-Gedenkstätte: Veranstaltungen im Stauffenberg-Schloss 2009/2010	8.000 €
2008		
Gemeinde Gäufelden	Ausstellung „KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen“	20.000 €
2007		
Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma e.V. Heidelberg	Veranstaltungsreihe zur Geschichte und Gegenwart schwarzer Menschen	4.000 €
Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e.V.	Ausstellung zur Geschichte und Kultur des Ortenauer Landjudentums	10.000 €
Initiative Gedenkstätte Eckerwald	Informationstafeln	8.000 €
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm	Gedenkstättenpädagogik	50.000 €
Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen	Ausstellung „Vom Neckar verjagt: Rückkehr ins Land der Väter“	100.000 €
2006		
Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma e.V. Heidelberg	Ausstellung „Sinti und Roma im Werk von Otto Pankok“	8.000 €
Eigenes Projekt der Landesstiftung Baden-Württemberg	Errichtung der Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Alten Schloss Stuttgart	55.000 €
KZ Gedenkstätteninitiative Leonberg e.V.	Gedenkstättenraum	15.000 €
Förderverein Ehemaliges Jüdisches Gemeindehaus Breisach e.V.	Begegnungsprojekt „Tänze für das Blaue Haus“	13.000 €
KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz e.V.	Engl. Fassung der Medieninstallation	7.000 €
2005		
Stadt Albstadt	Einrichtung der Stauffenberg-Präsentation im Schloss Lautlingen	100.000 €
Zeichen der Erinnerung e.V. Stuttgart	Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ Stuttgart Nordbahnhof	50.000 €
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm	Modellprojekt „Gedenkstättenpädagogik“	60.000 €

Projekträger	Projekt	Förder- summe
2004		
Eigenes Projekt der Landesstiftung Baden-Württemberg	Errichtung der Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Alten Schloss Stuttgart	250.000 €
Gesprächskreis Ehemalige Synagoge Haigerloch e.V.	Ausstellung „Spuren jüdischen Lebens in Hohenzollern“	7.000 €
Gedenkstätte Grafeneck e.V.	Aufbau des Dokumentationszentrums „Gedenkstätte Grafeneck“	100.000 €

Die Landesstiftung Baden-Württemberg fördert gemäß ihren Richtlinien nur gemeinnützige Projekte der Gedenkstätten. Eine institutionelle Förderung von Gedenkstätten durch die Landesstiftung ist nicht möglich.

3. welche Gedenkstätten in den vergangenen fünf Jahren aufgrund welcher Rechtslage und nach welchen Kriterien Finanzmittel des Bundes erhalten haben bzw. noch erhalten;

Die Bundesregierung förderte durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) seit 2000 auf der Grundlage des „Berichts der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1999 auch Gedenkstätten in den Ländern.

Mit einem Beschluss des Bundestages zur „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ (BT-Drs. 16/9875) vom 13. November 2008 wurde diese Praxis modifiziert und eingeschränkt. Namentlich genannte „Gedenkstätten von nationaler Bedeutung“ werden institutionell gefördert. Hierbei handelt es sich z. B. um die Gedenkstätten Buchenwald, Mittelbau Dora, Dachau, Bergen-Belsen und Flossenbürg.

Baden-Württembergische Gedenkstätten werden von Seiten des Bundes nicht institutionell gefördert.

Mit Datum vom 30. Juni 2009 teilte der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien teilweise neue „Grundsätze der Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien“ mit.

Er führt u. a. aus:

„Die Gedenkstättenförderung ist nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in erster Linie von den Ländern wahrzunehmen. An dieser Voraussetzung haben sich sowohl die Auswahl der bundesgeförderten Einrichtungen als auch Art und Höhe der Beteiligungen zu orientieren.“

„Als Kriterien für die Förderung durch den Bund sind insbesondere relevant:

- Der nationale oder internationale Stellenwert des Ortes,
- die Authentizität des Ortes,
- die Exemplarität für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur,
- die Qualität des Projektkonzepts und
- die Kooperation von Einrichtungen.

Im Einzelfall können auch Vorhaben sonstiger Einrichtungen gefördert werden, wenn sie von nationaler bzw. internationaler Bedeutung sind und die Qualität des Projektkonzepts gegeben ist.“

Folgende Mittel der Gedenkstättenförderung flossen durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien seit 2004 an baden-württembergische Gedenkstätten:

Empfänger	2004	2005	2006	2007	2008	2009
„Euthanasie“- Gedenkstätte Grafeneck	85.200 €	85.700 €	60.200 €			
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm, KZ- Gedenkstätte					18.000 €	17.875 €

Der Bund förderte an der „Euthanasie“-Gedenkstätte Grafeneck von 2004 bis 2006 den „Aufbau des Dokumentationszentrums Gedenkstätte Grafeneck“, d. h. den Umbau des Gebäudes und die heute dort gezeigte Dauerausstellung.

Zurzeit fördert der Bund in Baden-Württemberg ein Modellprojekt des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm zu „Jugendarbeit und Demokratieerziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg“.

4. *auf welche Weise und für welchen Zeitraum die Landesstiftung Baden-Württemberg die Förderung von Gedenkstätten übernommen hat und nach welchen Kriterien dort Fördermittel bereitgestellt werden;*

Die Entscheidung über eine Förderung von Gedenkstättenprojekten wird vom Kulturunterausschuss der Landesstiftung Baden-Württemberg getroffen, der in der Regel drei Mal im Jahr zu Sitzungen zusammen kommt. Die Landesstiftung fördert gemäß ihren Richtlinien nur gemeinnützige Projekte der Gedenkstätten. Es kann sich dabei um Ausstellungsvorhaben, museumspädagogische Maßnahmen oder Bildungsveranstaltungen handeln. Die Projekte müssen zeitlich begrenzt sein; in der Regel fördert die Landesstiftung nur für eine Dauer von bis zu 3 Jahren. Eine institutionelle Förderung von Gedenkstätten durch die Landesstiftung ist nicht möglich.

5. *in welchem zeitlichen, sachlichen und finanziellen Umfang Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihres bürgerschaftlichen Engagements zur Errichtung, zur Pflege und zur Zugänglichkeit der Gedenkstätten für die Allgemeinheit beitragen;*

In Baden-Württemberg besteht eine besondere Situation. Sie ist gekennzeichnet durch die thematische Breite hinsichtlich der Verfolgungskomplexe, die landesweite Verteilung der Gedenkstätten sowie ihre Trägerschaft durch ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement. Meist ist die Trägerschaft über einen eingetragenen Verein gestaltet, es gibt aber auch reine Initiativgruppen.

Zu den Aufgaben der Gedenkstätten zählen z. B. der Kontakt zu ehemaligen Gefangenen oder Gemeindeangehörigen bzw. deren Nachfahren, Forschungen zur Faktensicherung, die Nachforschung und Auskunftserteilung bei Anfragen Angehöriger, Beratung und Hinweise bei studentischen Arbeiten, die Organisation von Treffen und Gedenkfeiern, oft im Auftrag der Kommunen.

Diese Leistungen können kaum quantifiziert werden. Eine Nutzungserhebung für 2008 ergab jedoch, dass die Gedenk- und Erinnerungsstätten sowie die Orte im zeitgeschichtlichen Kontext von etwa 200.000 Personen im Jahr 2008 besucht wurden. An den Gedenkstätten im engeren NS-Kontext waren es rund 150.000 Personen, davon waren rund 40,5 % Jugendliche, 59,5 % Erwachsene.

Im Einzelnen wurden als *allgemeine Angebote* erbracht:

- 2.629 Führungen insgesamt
- 459 Kulturveranstaltungen (Lesungen, Konzerte etc.)
- 186 Angebote für Kinder- und Jugendgruppen
- 1.094 Angebote für Schulklassen/-gruppen (i. d. R. Führungen)

Im schulischen Bereich kamen *besonders qualifizierte Angebote*, mehrheitlich mit Arbeitsformen entsprechend dem Bildungsplan 2004, hinzu:

- Angebote für den schulischen Bereich insgesamt: 447
- davon gemäß Bildungsplan 2004 des Landes: 337

darunter laut Bildungsplan besonders hervorgehobene Veranstaltungen (z. T. mehrtägig) wie

- Feststellung gleichwertiger Schülerleitungen (GFS): 125
- Präsentationsprüfungen: 69
- Seminarkurse: 18

Zur Erbringung dieser Leistungen wurden von den ehrenamtlichen Bürgern ca. 18.000 Arbeitsstunden geleistet.

Die an den Gedenkstätten engagierten Bürgerinnen und Bürger tragen damit erheblich zur Aufarbeitung und Dokumentation dieses Kapitels der Geschichte in unserem Land und zum Ansehen des Landes auch im Ausland bei.

6. ob sie künftig bereit ist, Gemeinden oder gemeinnützige Träger bei der Errichtung einer Gedenkstätte finanziell zu unterstützen und nach welchen Kriterien sie dies ggf. tun wird;

7. ob sie bereit ist, künftig den Betrieb und Unterhalt von Gedenkstätten auf Dauer finanziell zu unterstützen.

Der Beschluss des Bundestages und die Förderpraxis regeln die Rahmenbedingungen von Seiten des Bundes nun verbindlich und zeitlich unbefristet.

Die Grundsätze für die Förderung von Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg wurden von der Landeszentrale für politische Bildung überarbeitet, mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen abgestimmt, vom Beirat beschlossen und gelten seit dem 20. Juli 2009.

Demnach können in Ausnahmefällen auch sonstige (kommunale) Träger bei der Förderung berücksichtigt werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen und unter Würdigung der Leistungen und Verdienste der Gedenkstätten wird das Land auch künftig die Gedenkstättenförderung fortsetzen.

Dr. Reinhart

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums